

protest anerkannt, daß die Bürgermeister einen Wahlaustritt erlassen haben. Wenn man deshalb jetzt die Wahl des Abg. Schmidt für ungültig erklären will, so schließt das nicht nur dem Gesetz und der ministeriellen Entscheidung, sondern auch der Logik und der bisherigen Praxis des Landtages im Wege.

Abg. Schmidt (konf.) erklärt für die Ungültigkeit der Wahl. Man zu wollen, weil die Wahl auf Grund unrichtiger Wählerlisten zustande gekommen sei.

Abg. Pröbber (Soz.): Der Hauptgrund, weshalb die Wahl kassiert werden soll, ist, daß eine Anzahl Wähler nicht das gehörige Stimmengewicht beigetragen worden ist. Das führt fortgeleiteterweise dahin, daß die Kammer sämtliche Wählerlisten des Landes nachprüfen müßte. Was jetzt haben wir aber auf dem Standpunkte gesehen, daß die abgeschlossene Wählerliste maßgebend ist, weil die Wähler ja Gelegenheit haben, die Wählerlisten auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Versteht man diesen Standpunkt, so kommt man auf eine schlechte Ebene. Ist ein Widerspruch in der Prüfungsliste trotz einer Unstimmigkeit nicht eingegangen, so kann später nicht ein anderer Wähler dies als Protestgrund anführen. Für die Wahlprüfung bildet die Wählerliste bisher die einzige Grundlage; befreit man auch die dann schwebt man ganz in der Luft. Wir haben auch für die Gültigkeit der Wahlen der Abg. Beda und Knobloch gestimmt, obgleich dort ebenfalls ähnliche Wahlbeeinträchtigungen vorgekommen sind, und zwar deshalb, weil wir der Meinung sind, daß nicht Kleinigkeiten herausgerückt werden sollen.

Abg. Günther (Konserv. Volksp.): Die Protestgründe sind nicht berührt, daß sie zur Ungültigkeit der Wahl führen müssen. In anderen Fällen ist festgestellt, daß die Bürgermeister in ganz aggravierender Weise in die Wahlbewegung eingegriffen haben. Man hat das in der Deputation wohl als eine Unschicklichkeit bezeichnet, ist aber im übrigen der Meinung gewesen, daß die Wähler viel zu intelligent sind, um sich durch eine solche Ungehörigkeit in der Stimmabgabe beeinflussen zu lassen. Sollte man die Wahl in diesem Falle für ungültig erklären, so würde das eine Ungerechtigkeit sein, die bürgerlichen Parteien haben aber glaube ich alle Veranlassung, nicht eine solche zu begehen.

Abg. Braun (natl.) spricht sich für das Vorwort der Deputationsmehrheit aus.

Abg. Germain (konf.) ist mit den Ausführungen des Abg. Beda sehr einverstanden. Sobald die Wählerliste abgeschlossen ist, sind Einsprüche dagegen nicht mehr zulässig. Ich werde deshalb für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Die Abstimmung ergibt 15 Stimmen für und 13 gegen die Gültigkeit der Wahl; es besteht also Stimmengleichheit. Für die Gültigkeit der Wahl stimmen außer den Sozialdemokraten und Sozialisten die national-liberalen Abg. Meißel, Langhammer und Völsch und der Konservativ Abg. Germain.

Die Verhandlungen werden, während große Unruhe im Saale herrscht, auf einige Minuten unterbrochen, da das Präsidium unerschlossen ist, was bei dieser Situation zu tun ist. Endlich wird festgestellt, daß bei Stimmengleichheit die Abstimmung am folgenden Tage zu wiederholen und bei abermaliger Stimmengleichheit der Präsident den Ausschlag gibt. Die Abstimmung wird also morgen, Dienstag, wiederholt.

Die Wahl des Abg. Linde (Soz.) im 6. landlichen Wahlkreis wird einstimmig und ohne Debatte für gültig erklärt.

Schließlich werden noch einige Petitionen um Errichtung bzw. Wiedererrichtung von Amtsgerichten in vertriebenen Städten des Landes entsprechend den Beschlägen der Deputation teils der Regierung zur Kenntnisnahme überwiefen teils bleiben sie auf sich beruhen.

Nächste Sitzung: Dienstag nachm. 2 Uhr. Tagesordnung: 21 Petitionen; Staatskapitel; Antrag Reichhammer (natl.) auf Reform der Verwaltung der Staatsbahnen.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung. Montag den 9. Mai, 2 Uhr nachmittags. Am Bundesratspräsidenten: v. Bethmann-Hollweg, v. Schoen, v. Raabe, v. Bernburg, v. Helmuth.

Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen König Eduard VII. von England. Das Haus ehrt das Angeben des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Die Gesandtschaft über die geschäftliche Behandlung der Justiznovellen (Sitten für die Mitglieder der Sommerkommisionen sowie das Konfuziatgebührengesetz und das Kolonialbeamtengesetz) werden in dritter Lesung debattiert und angenommen.

Petitionen. Die Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfen Deutschlands, die nötigen Schritte zur Verbeiführung einer Arbeitlosenversicherung in die Wege zu setzen, wird debattiert dem Reichstanzler zur Erwägung überwiefen.

Eine Reihe weiterer Petitionen wird debattiert nach dem Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Der Katholische Arbeiterverein in Heilsbrunn, dessen Mitglieder zu zwei Dritteln Handwerker sind, und die Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Handwerksbetriebe petitionieren um Entschädigung für die ihnen durch das Handwerkssteuergesetz zugefügte Einbuße an Arbeit. Die Kommission beantragt, diese Petitionen dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überwiefen.

Abg. Dr. Cjann (natl.): Ueber das Handwerkssteuergesetz sind von Seiten der Unternehmer und Arbeiter der betreffenden Gewerbezweige zahlreiche Klagen eingelaufen. Heute haben wir es zu tun

mit Petitionen von Arbeitern auf den vertriebenen Teilen Deutschlands, die durch den starken Produktionsrückgang infolge der Steuererhebung schwer geschädigt sind. Es ist eine Ehrenpflicht, diesen Leuten zu helfen und ich hoffe, daß der Reichstag möglichst einstimmig dem Kommissionsantrag Folge gibt. (Beifall links.)

Abg. Vren (Soz.): Wir wünschen, daß der Reichstag nicht nur die Petitionen dem Reichstanzler zur Berücksichtigung überwieft, sondern daß er sich auch dafür einsetzt, daß diese Berücksichtigung auch wirklich stattfindet.

Bei der Beratung der Finanzreform haben wir auf die verhängnisvolle Wirkung des Gesetzes hingewiesen und das Land voraufgelagert, das über zahlreiche Handwerkerbetriebe hereinbrechen werde. Es ist eine Ehrenpflicht gerade auch derjenigen Parteien, die aller Warnungen ungeachtet diese arbeiterfeindliche Steuer beschlossen haben, jetzt für die Entschädigung der davon betroffenen Armen und Schwachen zu sorgen. (Sehr richtig! d. d. Soz.)

Infolge der verhängnisvollen Steuererhebung ergab sich für die Arbeiter überall Verringerung des Lohnes.

Verhäufung des Gläubers — An der Spitze der Petenten marschieren der katholische Arbeiterverein in Heilsbrunn. Das Gläubersyndikat hat seinen Vorkämpfer in dieser Petition auch dieser Verein auf das Schulkonto des Zentrums legen, der führenden Partei im schwarz-blauen Steuerblock. Unseren Antrag auf Entschädigung der Handwerkerbetriebe hat das Zentrum damals abgelehnt. (Zurück im Zentr.) Tsch Sie angesichts dieser noch traurige Zustände machen, Herr Veder, daß wir drängen im Lande gehört werden. (Sehr richtig! d. d. Soz. Unruhe im Zentr.)

Das Zentrum hat den Kammer verschuldet, über den jetzt dieser katholische Arbeiterverein Klagen macht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Als wir auf die notwendigen Folgen der Steuerpolitik des Zentrums hinwies, sagte Herr Veder, die beste Fürsorge für die Handwerkerbetriebe sei die Einschränkung der Produktion. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Frage, woher die Mittel zur Unterstützung der Handwerkerbetriebe zu nehmen sind, darf nicht als Vorbedingung für die Unterstützung aufgeworfen werden. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht des Reiches, die armen

Opfer einer verfehlten Politik nicht im Gläubersyndikat zu lassen. Ich bitte Sie, dem Beschluß der Kommission einstimmig beizutreten. Die Regierung aber möge sich mit der Hilfeleistung beileben, denn die Not unter den Arbeitern ist groß. (Bravo! bei den Soz. Handclatschen auf der Tribüne.)

Abg. Sadle (Soz.): Auch ich will gleich meinem Freunde Vren den ironischen Zwischenruf aus den Reihen des Zentrums sein lassen und auf das entscheidende zurückweisen. Auf Grund feststehender Tatsachen umwacht eigener Beobachtungen kann ich die Ausführungen der Vorkämpfer über das Gläubersyndikat, das infolge der verfehlten Steuererhebung über die Handwerkerbetriebe gekommen ist, bestätigen.

Himmelstreichend ist die Not unter diesen Kernten der Armen. Ich bitte dringend um einstimmige Annahme des Kommissionsantrages. Das Reich muß diese Summe, es sind nicht Millionen sondern nur einige Hunderttausende, übrig haben! (Lebhaft. Beifall bei den Soz.)

Abg. Veder (Soz.) erklärt, daß er nicht bei der Schilderung der Not der Arbeiter ironische Zwischenrufe gemacht habe.

Abg. Sadle (Soz.): Ich stelle dem gegenüber fest, daß ironische Zwischenrufe von Seiten des Zentrums erfolgten, als mein Freund Vren die Notlage der Handwerkerbetriebe schilderte (hört, hört! bei den Soz.), und daß Herr Veder sich unter dem Zensurieren befand.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Eine Petition des Wirklichen Geheimen Kriegsrats Uhlenbrod bittet: 1. um Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Dienstverhältnisse der Militärintendanten, 2. um anderweitige Regelung der Rechtsverhältnisse der Militärintendanten, 3. um Entschädigung des Petenten selbst, der angeführt abgelegt sei. — Die Kommission beantragt, die Punkte 1 und 2 zur Erwägung zu überwiefen, über 3 zur Tagesordnung überzugeben.

Abg. Sommer (Konserv. Volksp.) begründet einen von der gesamten Linken unterstützten Antrag, die ganze Petition zur Berücksichtigung zu überwiefen, und bedauert lebhaft, daß kein Regierungsdirektor anwesend ist.

Abg. Erdberger (Soz.): Es handelt sich hier um die außerordentlich wichtige Frage, ob das Kontrollrecht des Reichstags über die Verwendung gewisser Ausgaben des Militärats dadurch gewahrt werden soll, daß verantwortliche Beamte über die Ausgaben bei Zensur usw. zu bestimmen haben. Nach der Anschauung des Kriegsministeriums unterliegen nämlich die Intendanten nicht nur dem Ministerium, sondern auch persönlich dem kommandierenden General. Daher kommen diese Beamten natürlich vielfach in Zwiespalt mit ihren Pflichten. Ein Ausweg wäre es, daß man zwischen dem Intendanten und dem kommandierenden General ein Koordinationsverhältnis (Verhältnis der Gleichberechtigung) schafft. Redner tritt für den Kommissionsantrag ein. (Beifall im Zentr.)

Abg. Veder (natl.) schließt sich dem Redner des Vorkämpfers an, daß kein Vertreter des Kriegsministeriums anwesend ist. (Beifall.)

Abg. Veder (Soz.) beantragt, den Gegenstand von der Tagesordnung abzulösen.

Abg. Sadle (Soz.): Wir schließen uns diesem Antrage an und erwarten dringend, daß, wenn im Herbst die Sache wieder zur

Verhandlung kommt, ein Vertreter des Kriegsministeriums anwesend sein wird. (Lebhaft Zustimmung.)

Der Antrag Veder wird einstimmig angenommen. Die Petition betreffend den Bau einer neuen Eisenbahn, gegen welche beantragt die Kommission, teils zur Berücksichtigung, teils zur Ermäßigung zu überwiefen.

Abg. Wetters (Konserv.) beantragt die laut Petition der Regierung in dieser Angelegenheit und bittet, sei der neuen Entwurfsentwurf mit Frankreich abzuvergleichen.

Abg. Emmel (Soz.): In erster Linie muß die Regierung die wichtigsten Industriezweige, Eisen, Zinn, Kupfer, Blei, den Klagen des Vorkämpfers über die Interessenschonung durch die Regierung tatliche Hilfe leisten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung am Dienstag 11 Uhr. Zweite Lesung des Kolonialgesetzes. Schluß 6 Uhr.

Bereinskalender für Mittwoch. Abends 7 Uhr Vierteljähr. Hauptversammlung des Arbeiterverbandes, Schillerstraße 45.

Deutscher Arbeiter-Sportklubabend (Tafelabend) Abends 8 Uhr Vortrag im Galkhof am Koch.

Briefkasten. Kl. Anzeigebüro. Sie können schon dieses Jahr unter Verlegung der Verhältnisse reklamieren und außerdem um Erstattung oder Nachlass der Steuern ersuchen.

Victoria-Salon.

Komiker Harstein
und gänzlich neues Programm.
Abends 8 Uhr. Vorverkauf im Vestibül.

Neustadt

Dresden's größtes Schuhlager



Kardinal-Malzkaffee

hat überraschend reinen Kaffee-Geschmack.

Generalvertreter: E. R. Müller, Dresden-A., Marschallstr. 9

KufeKe

-Kinder-nahrung
-Kranken-kost.

Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörungen.

Alle Neuheiten

in garnierten und ungarnierten

Damen-Hutformen

Mädchen- und Kinder-Strohhüten

hervorragende Auswahl, billige Preise.

Unsere Spezialität:

Tonangebende Sporthüte

in unübertroffener Auswahl, bekannter Billigkeit.

Radeberger Hutfabrik

Wagawa & Crönert
G. m. b. H.

Einzel-Verkauf in Dresden-A. nur Moritzstrasse 3.

